



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Das Bürgergeld kommt – für 14.000 Menschen in Schrodís Wahl- und Betreuungswahlkreis: Mehr Sicherheit und zielgenaue Förderung in der Grundsicherung – Schrodi zeigt sich irritiert über CSU-Fake News

Olching, 10.11.2022

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Michael Schrodi, SPD-Betreuungsabgeordneter für den Landkreis München, begrüßt das neue Bürgergeld als eine der größten sozialpolitischen Reformen der letzten 20 Jahre. Irritiert zeigt sich Schrodi von den „Fake News“ des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder und der CSU zu diesem Thema.

Zum 1. Januar 2023 soll das im Bundestag maßgeblich von der SPD und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorangetriebene Bürgergeld eingeführt werden. Das beschloss der Bundestag in seiner heutigen Sitzung mit den Stimmen der Ampel-Koalition. Die Reform bedeutet einen Kulturwandel im Umgang mit Menschen im Leistungsbezug. Im Wahl- und Betreuungswahlkreis von Michael Schrodi betrifft dies laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit 14.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte. (Dachau 2240, Fürstenfeldbruck 4760, München Land 7010) „Mehr Sicherheit und Respekt vor der Lebensleistung durch höhere Regelsätze, Karenzzeiten für selbstgenutzten Wohnraum und Vermögen und höhere Freibeträge beim Zuverdienst werden dafür sorgen, dass sich die Menschen vorrangig auf die Jobsuche konzentrieren können“, erläutert Schrodi. „Gleichzeitig bekommen die Menschen zum Beispiel mit Aus- und Weiterbildungsboni die Chance, sich zu qualifizieren und so bessere Chancen auf eine neue Anstellung zu haben. Vorrang hat nicht mehr die möglichst schnelle, sondern die möglichst langfristige Vermittlung in qualifizierte Arbeit.“

Irritiert zeigt sich der SPD-Abgeordnete von der Drohung der Unionsparteien, das Gesetzesvorhaben im Bundesrat zu blockieren. „Allen voran die CSU und ihr Parteivorsitzender Markus Söder versuchen mit falschen Behauptungen Stimmung gegen Arbeitslose zu machen“,



so Schrodi. „Sie behaupten, Familien, die das Bürgergeld beziehen, würden mehr Einkommen erzielen als Erwerbstätige und versuchen damit Menschen mit niedrigem Einkommen gegen Erwerbslose auszuspielen.“

Einem von der CSU veröffentlichten Rechenbeispiel zufolge würde eine Familie mit zwei Kindern, die Bürgergeld bezieht, 783 Euro mehr Einkommen erhalten als dieselbe Familie mit einem Vollzeit-Verdienst in Höhe des Mindestlohns. Wie SPD-Fachpolitiker und der DGB jedoch aufgezeigt haben, ist dies schlicht falsch. Stattdessen erhielte die Beispielfamilie im Bürgergeld-Bezug monatlich 518 Euro weniger als die Familie mit Erwerbseinkommen inklusive Wohngeld und Kinderzuschlag bekommt. „Die CSU versucht, mit manipulierten Rechenbeispielen bewusst Sozialneid zu schüren und argumentiert damit so, wie man das sonst nur von populistischen Parteien kennt.“

Eigentlich, so Schrodi, müssten die Löhne noch weiter steigen. „Doch anstatt sich für höhere Löhne und gegen Lohndumping einzusetzen, will die Union mit Verweis auf das Lohnabstandsgebot lieber dafür sorgen, dass Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II weiterhin zu niedrigen Regelsätzen beziehen.“ Im Bundestag hat die Union gegen die von der Ampelkoalition beschlossene Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro gestimmt, in Bayern verhindert die CSU nach wie vor die Einführung eines Tariftreuegesetzes, sodass öffentliche Aufträge auch weiterhin an Unternehmen vergeben werden können, die nicht nach Tarif bezahlen. „Auch damit zeigt die CSU, dass sie lieber Stimmung gegen Arbeitslose macht als an der Seite von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stehen“, ärgert sich Schrodi.

Schrodi appelliert an die staatspolitische Verantwortung der Union und der Bundesländer: „Es dürfen keine parteipolitischen Spielchen auf dem Rücken der betroffenen Menschen ausgetragen werden. Es liegt jetzt an der Union und an den Bundesländern, diesen wirkungsvollen Gesetzentwurf nicht länger zu blockieren.“